

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 45.—
halbjährlich 90.—
janzährlich 192.—
Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (rüh)

6. Jahrgang.

Donnerstag, 4. November 1926.

Nr. 257.

Ein Schwankender.

Der christlichsoziale Senator Dr. Medinger hat am Staatsfeiertag vor seinen Wählern in Trautenuau eine Rede gehalten, die mehr Nachdenklichkeit zeigt, als sonst aus den jesuitisch-demagogischen Ausführungen der Landhändler herauszukommen pflegt. Sie ist auf Wohl abgestimmt. Die weiche, klagende Weise entspringt einer Stimmung des Pessimismus, die sich insbesondere von den Jubel- und Siegesparaden der christlichsozialen Presse gründlich unterscheidet.

Herr Dr. Medinger hat auf zahlreichen Kongressen der Völkerbundliga und auch auf anderen internationalen Tagungen über die Bedrückung der Deutschen im tschechoslowakischen Staate bisher regelmäßig Klage geführt. In dieser Lärmschicht sieht er sich durch den Eintritt der Deutschbürgerlichen in die Regierung gehemmt, denn wie soll er das Ausland an die Leiden der deutschen Bevölkerung unter einer Regierung glauben machen, die von Deutschen bedingungslos unterstützt wird und in der sogar zwei deutsche Minister sitzen. Wollte er dennoch die Hilfe und den Schutz des Auslandes anrufen, die Presse seiner eigenen Partei würde ihn der Unwahrheit zeihen, denn dort steht jaft täglich zu lesen, daß es den Spino, Mann-Harting und Konsorten gelungen ist, dem deutschen Volke endlich das zu schaffen, was es dringend benötigt und verlangt hat, nämlich den ihm gebührenden Anteil an der Macht im Staate. Welchen Glauben sollten Medingers Klagen und Anklagen drauhen noch finden, da beifriedensweise das hierische Hauptorgan begeistert feststellt, der Eintritt zweier Deutscher in die Regierung bedeute, daß das deutsche Volk wiederum ein Heimat- und Zugehörigkeitsgefühl gewinne!

Der Zwiespalt, in den sich Dr. Medinger dadurch verzieht, liegt ihm in Trautenuau jaft: Es ist ein Raubteil uneres Eintrittes in die Regierung, daß nun viele irrtümlich annehmen, wir hätten uns mit der Mehrheit ausgeglichen, bereinigten künftig alle Zwistigkeiten kurzerhand im Ministerrat und seien aus der Winderheitenaktion aus. Im Gegenteil! Unser Auftreten muß an Festigkeit gewinnen. Noch bestehen alle Mißstände weiter, gegen die wir beim Völkerbund und vor anderen internationalen Stellen Klage geführt haben, noch haben wir keinen Anlaß, irgendeine Klage zurückzuziehen. Danach ist der gewonnenen deutsche Anteil an der Macht im Staate" sein hervorragender! Dr. Medinger befindet sich da im offenen Widerspruch zu seiner Partei, welche die Auffaltung verbreitet, schon der formale Eintritt der Deutschbürgerlichen in die Regierung habe der deutschen Bevölkerung die Zugehörigkeit zur Tschechoslowakischen Republik so angenehm und wünschenswert gehalten, daß sie mit dem Einzug von Spino und Mann-Harting ein heftiges Heimatbewusstsein in sich aufsteigen fühlte. Der Unterschied zwischen der Meinung Medingers und jener seiner deutschen Koalitionsgenossen ist nicht schwer zu erklären: Dr. Medinger ist auch als bürgerlicher Politiker so etwas, was man einen Europäer nennt: er besitzt demüßig ein ausgeprägtes, bürgerliches Klassenbewusstsein, aber unter seinen roborierteren Koalitionsgenossen scheint er sich als Augenwischer zu fühlen, der Bedenken trägt, deren verantwortungsvolles, aber doch so verantwortungslos, demagogisches Spiel blind mitzumachen. Von solchen Bedenken sind seine christlichsozialen und landhändlerlichen Parteigenossen frei; ihr Klassenegoismus und ihr Arbeiterhaß bringt alle Strupfel zum Schweigen und sie sehen die Errettung des deutschen Volkes schon darin, daß es ihnen gelungen ist, die Einigung mit der tschechischen Bourgeoisie zur Ausplünderung und Unterdrückung der Arbeiterklasse beider Nationen herbeizuführen.

Die deutschen Zollparolen sehen und wollen nicht anders sehen, als die ihnen aus

der Bundesgenossenschaft mit dem tschechischen Bürgertum winkenden Vorteile für ihren Geldsack, nach ihnen mag die Sintflut kommen: das deutsche Volk, von dem sie früher so rühmlich zu deklamieren verstanden, ist ihnen vorzuziehen. Ihr Vertrauen in die Dauer der tschechisch-deutschen Koalitionsherrschaft scheint allerdings ein unbegrenztes zu sein. Herr Dr. Medinger möchte aber an das Morgen denken, denn sein Vertrauen in den längeren Bestand der neuen Mehrheit, die ihr Leben von Kramak und Hlinkas Gnaden fristen muß und die bei Neuwahlen von den sozialistischen Parteien leicht über den Haufen gerannt werden kann, ist nicht groß und darum rät er den Regierungsparteien, über der Taktik und der Klassenzugehörigkeit der nicht in der Regierung stehenden Parteien nicht an „die Gemeinsamkeit der nationalen Ziele“ zu vergessen, nicht „auf den Schaden der Tschechoslowakischen, Deutschdemokratischen und Sozialdemokratischen zu spekulieren“ und „keine bissigen Gehässigkeiten“ zu begeben. Den deutschen Jöllnern redet Herr Medinger lange gut. Sie haben ihre Regierungstätigkeit mit der „bissigen Gehässigkeit“ begonnen, die deutschen Sozialdemokraten nun auch aus dem Senatspräsidium zu verdrängen, so daß die stärkste deutsche Partei nunmehr in keinem der Kammerpräsidium eine Vertretung haben wird und wie wir die Herren Deutschbürgerlichen kennen, werden sie ihre „bissigen Gehässigkeiten“ solange die Tage ihrer Regierungshegemonie dauern, fortsetzen. Wir haben natürlich niemals anderes erwartet, weil wir die Klassenselbstsucht des deutschen Bürgertums ebenso wie seine Borniertheit stets richtig eingeschätzt haben, wir erwarten keine Schwung, denken aber auch wahrhaftig nicht daran, eine zu geben.

Medingers Rede ist ein Zeichen dafür, daß die Bedrückten unter den Deutschbürgerlichen mit geheimem Grauen daran denken, welche Folgen das Spino-Mann-Harting'sche Experiment für das Gesamtdeutschtum zur Folge haben kann. Resigniert bekennend: „Vorläufig ist der Dienst, den wir den Tschechen damit leisten, viel größer als unser Vorteil“. Und er setzt hinzu: „Wenn wir für unser gesamtes Volkstum nicht grundsätzlich etwas erreichen, dann ist die ganze Politikänderung verfehlt gewesen, dann hat sie uns nur den Schwung im Kampfe um unsere Rechte genommen“. Wer soll nun dieses Grundzieltliche erreichen helfen? Etwa die deutschen Zollparolen, die keinen anderen Wunsch haben, als den, die erzielte Teilnahme an der Macht zur Ausübung der rücksichtslosesten Klassenherrschaft und zur Ergrößerung materieller Vorteile auszunutzen? Welches Vertrauen Herr Dr. Medinger selber zu seinen Kampfgefährten hat, darüber lagte er wörtlich: „Die Politik, die wir treiben, erscheint für unsere künftige Stellung im Staate, wie in der Welt nicht so bedeutend, wie reine Hände und Fackelentzündung. Bisher war es keine so große Kunst, unbestechlich zu bleiben, denn wir hatten keinen Einfluß. Nun heißt es wachsam sein! Halten wir uns um Gottes willen nicht auch für dumme, wenn wir anständig bleiben“. Herr Medinger steht dem Experiment pessimistisch gegenüber und so wünscht er, daß seine Freunde, wenigstens mit reinen Händen vom Schauplatz ihres Wirkens wegzukommen, damit das Unglück nicht noch größer werde. Ein Vertrauen ist ihm aber doch geblieben: zu Herrn Svehla und den Seinen. Zwar meint Dr. Medinger, daß Versprechungen heutzutage keinen Wert mehr haben, mehr als je nur eine „Rolle für die Dummen“ sind und weniger die Bestimmung haben, ausgeführt als geglaubt zu werden, wozu noch kommt, daß die Deutschbürgerlichen bisher nicht einmal ein Versprechen bekommen haben, aber dennoch glaubt er, daß die Tschechen in ihrer Politik vorsichtiger werden, ja er sieht schon die Zeit gekommen, da die Deutschen zur Hauptversammlung des Völkerbundes und in dessen Sekretariat werden zugelassen werden. Der Himmel bewahre ihm das schöne Gottvertrauen, das aus dem Glauben

spricht, Svehla und die Aktivisten würden dieses Wunder bewirken.

Zusammenfassend ist über die Rede zu sagen: Herr Dr. Medinger empfindet vor der Politikänderung seiner deutschen Regierungsgenossen Angst, aber er traut sich nicht, sich

von ihr loszulösen. Und so setzt er alle Hoffnung auf die Zukunft und auf das Wunder, auf das auch die anderen hoffen, die bedenkenlos im Rauch der Ritterswachen dahinfliegen. Die Ernüchterung und der Regenjammer dürften kaum ausbleiben.

40.693 neue Parteimitglieder!

Voller Erfolg der Werbewoche der reichsdeutschen Sozialdemokraten. — Die Zählung noch nicht abgeschlossen.

Berlin, 3. November. (Eigenbericht.) Ueber die Erfolge der Werbewoche, die die sozialdemokratische Partei für ihre Organisation und die Parteipresse veranstaltet hatte, liegen jetzt die ersten zusammenfassenden Ergebnisse vor. Darnach sind bisher 40.693 neue Parteimitglieder und 44.198 Neu-Abonnenten für die Parteipresse geworden. Dieses Resultat ist aber

noch lange nicht vollständig, da die Berichte aus einer ganzen Reihe von Bezirken sowie von 50 Parteizeitungen noch fehlen.

Auf jeden Fall zeigt schon dieses unvollständige Resultat, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands in stetigem Aufstieg begriffen ist und trotz Wirtschaftsnost eine starke Anziehungskraft auf die Massen ausübt.

Weitere Gewinne der Labour Party.

Bisher 192 neue Gemeinderatsitze.

London, 3. November. (Eigenbericht.) Auch die schottischen Gemeindevahlen, die Dienstag stattfanden, waren für die Arbeiterpartei siegreich. Die Labour Party gewann in Schottland 28 Sitze, davon 9 in Glasgow und 8 in Edinburgh.

Nach den letzten Zählungen in England und Wales wurden vier weitere Sitze gewonnen, so daß die Arbeiterpartei im ganzen Lande einschließlich Schottlands 192 neue Gemeinderatsitze erobert hat.

Der „Avanti“ eingestellt!

Ebenso eine Reihe anderer oppositioneller Zeitungen.

Rom, 3. November. (C. P. B.) Durch Dekrete des Präfecten von Rom wurde die Druck-erlaubnis für die Blätter „Rondo“ und „Risorgimento“, sowie für die „Bocce Repubblicana“ aufgehoben. Vorläufig wurden auch die Mailänder Blätter „Avanti“ (sozialistisch) und „Unita“ (kommunistisch) sowie

einige syndikalistische und sozialistische Zeitschriften aufgehoben. In Turin wird die „Stampa“, in Venedig die „Gazzettino“, in Genua der sozialistische „Lavoro“, ferner die Popolari-Blätter „Corriere“ in Turin, „Gittadino“ in Brescia und „Corriere del Mattino“ in Verona vorläufig aufgehoben.

* * *

Redaktionen und Druckereien gestürmt.

Rom, 3. November (C. P. B.) Die Blätter berichten von Zwischenfällen, die sich in verschiedenen Städten infolge des Attentates auf Mussolini ereignet haben. In Cagliari wurden zwei Redaktionen gestürmt, sowie ein Oppositionsabgeordneter verhaftet.

In einem Orte in der Nähe von Matland wurden das Vereinslokal der Popolari, sowie eine Druckerei in Brand gesetzt. Die Feuerwehr wurde von der Vörschichtigkeit abgehalten, so daß die Gebäude niederbrannten. Auch in Neapel wurden die Wohnungen einiger Antifaschisten vernichtet.

Zamboni unschuldig!

Paris, 3. November. Das Blatt „Paris Ridi“ meldet aus Genf, daß der junge Zamboni nicht der Attentäter auf Mussolini sei, so daß die Menge, die ihn geknütt hat, einen großen Irrtum begangen habe. Nach der neuen Version sei der Verlaß des Ereignisses wohl folgt gewesen: Zamboni stand zufälligweise neben einem Anarchisten, der dieselbe Gestalt hatte. Als dieser schloß erschalt Zamboni und war in seiner Einfalt bestrebt, davonzulaufen, so daß er von der Menge für den Attentäter gehalten wurde.

Zwingen wollen, neben der französischen die italienische Klage zu heifen, und in Tripolis hätten sich die Manifestanten gewaltsam Eingang in das französische Konsulat verschafft. Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Grandi, habe in der französischen Volkshast seine Entschuldigung zum Ausdruck bringen lassen und eine strenge Bestrafung der Schuldigen angekündigt. Gleichzeitig habe nach dem „Temps“ der französische Volkshast bei seinem Besuch in der Consula Protest wegen der Zwischenfälle in Bentinaglia erhoben.

Während Zamboni dann geknütt wurde, begrubte der wirkliche Täter Kaltblütigkeit und ging zum nächsten Postamt, wo er folgendes Telegramm aufgab: „Ein heil und in Sicherheit“. Dieses Telegramm weckte die Aufmerksamkeit der Polizei. Die Familie Zamboni, die laicistisch gestimmt ist, sei nur deshalb verhaftet worden, um den Empfänger des Telegramms irrezuführen. Der Empfänger sei bereits geflohen verhaftet worden und die Verhaftung des Aufgebers des Telegramms, somit des wirtlichen Täters, sei nur noch die Frage von wenigen Stunden.

Paris, 3. November. Die Zwischenfälle in Bentinaglia haben unter den französischen Eisenbahnern und Grenzbeamten eine begeisterte Erregung hervorgerufen. Nur mit Mühe konnten geflohen die Beamten dazu bewogen werden, die internationalen Jüge über die Grenze bis Bentinaglia zu fahren. Bisher sind keine schweren Störungen im französisch-italienischen Grenzverkehr eingetreten, doch hatten alle Jüge mehr oder minder starke Verspätungen. Die für den Dienst in Bentinaglia in Frage kommenden Beamten beschwerten sich schon seit längerer Zeit über andauernde Schikanen durch die Faschisten und die italienische Polizei. Sie beabsichtigten, eine gemeinsame Protestaktion zu unternehmen.

Französischer Protest in Rom.

Zwischenfälle in Tripolis und Benghasi.

Paris, 3. November. Die Savas aus Rom berichtet, hat sich der französische Volkshast Desnard in die Consula begeben, um wegen der Zwischenfälle in Tripolis und Benghasi Protest zu erheben. In Benghasi habe die Volksmenge das französische Konsulat

Die Pariser Presse beschränkt sich darauf zu erklären, daß nach Eingang der amtlichen Berichte sofort energische Vorstellungen in Rom erhoben werden müssen. Der augenblickliche Zustand mühte unter allen Umständen abgeschafft werden. Es dürfte nicht weiter so bleiben, daß jedes innenpolitische Ereignis in Italien sofort französischfeindliche Kundgebungen hervorruft.

Inland.

Außenauschuss des Senates.

Unsere Beziehungen zu Ungarn und Rußland.

Brag, 3. November. Der Außenauschuss des Senates verabschiedete in seiner heutigen Sitzung zunächst ohne Debatte die Handelsverträge mit der Türkei und mit der belgisch-luxemburgischen Zollunion. Eine längere Aussprache knüpfte sich sodann an den provisorischen Handelsvertrag mit Ungarn. Genosse Dr. Heller verlangte verschiedene Aufklärungen über die Rückwirkungen unseres Zolltarifes auf die Einfuhr von Mehl und Getreide aus Ungarn und erfuhr die Bescheidigungen über den Stand der Verhandlungen über den definitiven Handelsvertrag. Der Vertreter des Ministeriums teilte mit, daß die Verhandlungen einen befriedigenden Verlauf nehmen und daß der größte Teil der einzelnen Zollpositionen bereinigt sei, daß jedoch noch einige Schwierigkeiten zu überwinden wären. Es sei in den Verhandlungen eine kurze Pause eingetreten, weil die ungarischen Unterhändler rasch nach Paris fahren mußten. Sie werden in etwa einer Woche zurückkehren und es besteht die begründete Aussicht, daß der definitive Handelsvertrag bis Ende dieses Jahres zustande kommen wird.

Sodann entspann sich eine längere Debatte über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland. Die Senatoren Skala und Bangel verlangten die Herstellung normaler Beziehungen zu Rußland. Genosse Dr. Heller führte aus, daß für die Aufnahme perogierter und für unsere Industrie förderlicher und notwendiger Beziehungen zu Rußland die de jure-Anerkennung die notwendige Voraussetzung sei. Die Tschechoslowakei hat durch die lange Verzögerung dieser Anerkennung bereits große Verluste erlitten, welche von den anderen Staaten für sich ausgenutzt wurden. Die Anerkennung Rußlands scheiterte, wie Minister Dr. Pones heute zugab, an inneren politischen Schwierigkeiten. Schuld an den Widerständen sind die bürgerlichen Parteien. Der anwesende Minister Gierla konnte nur mitteilen, daß sich in unseren Beziehungen zu Rußland nichts geändert hat.

Äußerst merkwürdig war die Stellungnahme des Senators Ledebour, welcher früher für die Anerkennung Rußlands gesprochen und geschrieben hat und jetzt plötzlich findet, daß die inneren politischen Verhältnisse Rußlands zur Verhinderung führen.

Die Debatte schloß mit der einstimmigen Annahme des Handelsvertrages mit Ungarn.

Spezialdebatte im Budgetauschuss.

Die Reise nach Jugoslawien auf Staatskosten. — Dispositions- und Repräsentationsfonds.

Brag, 3. November. Der Budgetauschuss des Abgeordnetenhauses begann heute die Spezialdebatte über die einzelnen Kapitel des Finanzetatbudgets für 1927. Der Sitzung wohnte auch der Ministerpräsident und der Präsident Dr. Kornek des Obersten Rechnungskontrollamtes bei.

Zur Verhandlung standen die Kapitel „Präsident der Republik“, „Gesetzgebende Körperschaften“ und Budget des Ministerratspräsidenten. In der Debatte kam nach den Referaten der Berichterstatter

Genosse Padenberg

zu Worte, der u. a. die Post von 250.000 Kronen für Telegierung von Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften beantragt und hierbei Aufklärung darüber verlangt, wer die jüngste Delegation der Nationalversammlung nach Jugoslawien beschickte habe. Genosse Padenberg kritisierte ferner namentlich die unnötigen Aufwendungen für die Parlamentswache und verwies darauf, daß im Kapitel Ministerpräsidenten Dispositionsfonds mit 8 Millionen zu finden sei. Auch die Post von 400.000 Kronen für Subventionen und 400.000 Kronen für den inneren Informationsdienst gehört in dieselbe anrüchliche Kategorie der kontrolllosen Fonds. Ferner sei auch die Post von 500.000 Kronen für Auslagen beim Besuch fremder Gäste höchst überflüssig, da die Regierung ja ohnedies den Dispositionsfonds für sich in Anspruch nehme.

Ausführlich beschäftigte sich Genosse Padenberg im weiteren Verlauf seiner Rede mit der Verwaltungsreform und führte als einzig dastehendes Beispiel für die Nichtachtung parlamentarischer Beschlüsse die Tatsache an, daß bereits in dem berichtigten Abbaugesetz die Regierung beauftragt wurde, bis 31. Dezember 1925 einen Gesetzentwurf über die Verwaltungsreform vorzulegen. Mittlerweile ist schon das Jahr 1926 fast zu Ende, ohne daß etwas geschehen wäre, und erst im Budget für 1927 findet man einen Beitrag für eine Kommission, die die Verwaltungsreform erst „prüfen“ soll, trotzdem schon 1925 die ganze Vorlage fertiggestellt sein sollte! Genosse Padenberg schloß mit der Feststellung, daß es bei den bisher schon behandelten Kapiteln eine ganze Reihe von Posten gäbe, bei denen gespart werden könne, so daß man nicht erst zur Trocknung der Brieftasche für die Kriegsbeschädigtenfürsorge schreiten müsse.

Reizlich hält die Ausgaben für das Ministerium für die Slowakei für überflüssig, da es nur eine Filiale des Ministeriums sei und politisch bloß das Objekt des Handels zwischen den Regierungsparteien bilde.

Der tschechische Sozialdemokrat Chalupa erklärt, daß keine Partei aus Achtung vor dem Präsidenten für das Kapitel „Präsident der Republik“ und Kanzlei des Präsidenten“ stimmen werde.

Slavicek (Hö. Rat. Soz.) reagiert auf die Einwände des Genossen Padenberg gegen die Reise nach Jugoslawien und erklärt, daß diese Reise als Erweiterung eines früheren Besuches der Skopjina nur ein bloßer Höflichkeitsakt gewesen sei, der von den beiden Präsidenten einvernehmlich beschlossen wurde; nur die Gesandten an die südslawischen Städte und die Festausgaben seien aus Staatsgeldern gedeckt worden, während alle anderen Ausgaben sich die Teilnehmer selbst bezahlen hätten.

Bangel hält diese Aufklärungen Slaviceks für ungenügend und verlangt u. a. Aufklärungen über die Beziehungen der Regierung zum Orbis-Verlag und zur Volkspresse.

Burival (Hö. Soz. Dem.) verlangt von der neuen Regierung die Respektierung der feierlich beschlossenen Resolutionen zum Gehaltsgezet, die die Aufhebung der geheimen Qualifikation, die Verbesserung der Bezüge der Altpensionisten und eine Beamtenvorsicherung fordern. Man dürfe nicht darauf verzichten, daß schon zwei Jahre überhaupt keine Verrückung erfolgt sei.

Ministerpräsident Svehla

das Wort, um auf die verschiedenen Anfragen einzelner Debatteure zu antworten. Auf die Anfrage des Genossen Padenberg über die Subventionen an die Regierungspresse erklärte Svehla, daß alles genau verrechnet (?) werden wird. Auf die Ausführungen Padenbergs über die Autonomie Karpathenrußlands ging Svehla jedoch überhaupt nicht ein. Im Falle des Volk-Unternehmens in Saaz handele es sich bloß um eine Kundtschaft, die ihre Leitung in der Staatsdruckerei in Saaz drucken lasse. Zum Beamtenabbau bemerkte er, daß die Regierung eine eigene Kommission errichtet habe, deren Aufgabe die Vorbereitung der Normalisierung und Systemisierung sei: die Systemisierung werde schon in nächster Zeit durchgeführt werden. Er schloß mit der Erklärung, daß die übrigen Anregungen der Debatteure von ihm genau untersucht und nach Möglichkeit berücksichtigt werden würden.

Bedeutend für die Mehrheit ist es, daß außer den Referenten heute überhaupt kein Angehöriger der Regierungsparteien sich zu Wort meldete. Nächste Sitzung morgen 9 Uhr vormittags.

Ernährungsauschuß.

Die Landbändler kennen keine Not im Böhmerwald!

Brag, 3. November. Der Ernährungsauschuß des Abgeordnetenhauses legte heute die Debatte über das Exposé des Ministers Dr. Cerny in Ernährungsfrage fort.

Genosse Leibl

wendete sich aufs schärfste dagegen, daß die neue Regierungsmehrheit, namentlich aber die Agrarier, jeden Vorwand und jede Feuerung einfach abzuleugnen versuchen; die Ziffern, die sie zum Beweis anführen, seien nichts anderes als Rechenschuldscheine und irreführend, wie dies Genosse Leibl an einigen Beispielen aufzeigte. Entschieden weist er die Unterstellungen des Abgeordneten Jadrina zurück, der auf demagogische Art einfach die Konsumvereine für die Feuerung verantwortlich machen will. In ihrer grenzenlosen Verlogenheit suchen die Agrarier auch die Börsen für die hohen Preise allein verantwortlich zu machen, obwohl gerade die Herren Agrarier fleißige Börsenspekulanten sind und dort mit den Börsenvernehmern Geschäfte machen.

Genosse Leibl befaßte sich dann mit den Zölle und erklärte, daß sie die Lebensmittel um den vollen Betrag des Zollfußes verteuern; jede andere Argumentation sei bewußt unrichtig. Den Nutzen davon hätten nur die 20 Prozent Großbauern, während 80 Prozent Kleinlandwirte geschädigt werden und deshalb die Zölle abzulehnen. Die Ernährung und überhaupt die gesamte Volkswirtschaft werde durch die einseitige Durchführung der Bodenreform sehr geschädigt; die Reingüter werden unrationell bewirtschaftet. Man nimmt sowenden deutschen Kleinlandwirten die Pachtgrundstücke und gründet Kolonien, die nicht leben und nicht sterben können. Ueberhaupt wird die Bodenreform nicht nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen, sondern nach national-chauministischen Methoden durchgeführt.

Mit besonderer Schärfe wendet sich Genosse Leibl sodann gegen die Ausführungen des Landbändlers Ploger, der sich zu der Erklärung verhalten hatte, daß es im Böhmerwald überhaupt keinen Notstand und keine Feuerung gäbe und als Beispiel dafür angeführt habe, daß J. P. in Neuhans Kartoffeln unterkauft waren und daß auch die Kleinlandwirte ihren Bedarf an Kartoffeln bereits eingedeckt hätten, so daß von einer Not an Kartoffeln in diesem Gebiete überhaupt nicht gesprochen werden könne.

Genosse Leibl verwies vielmehr darauf, daß er sich an Ort und Stelle selber von dem Gegenteil überzeugen mußte: in Wirklichkeit herrscht in Südböhmen ein großer Notstand. Das Korn wurde durch Inzucht vernichtet und auch die Kartoffeln ertrugen eine völlige Misere, so daß in manchen Orten im Winter eine Hungersnot ausbrechen droht. Gerade die Wähler des Herrn Ploger haben durch den Landeskulturrat dringende Eingaben an die Regie-

run gemacht, daß man ihnen in ihrer großen Not helfe.

Zum Schluß wendet sich Genosse Leibl gegen die beschlossene Verordnung bezüglich der Herstellung von Einheitsmehl. Wenn die Herren Agrarier hierbei die Kleinlandwirte vordrängen und angeblich zu ihren Gunsten die Ausnahme machen wollen, daß Kleinlandwirte (bis zu wieviel Hektar?) gestraft werden soll, kleinere Mehlmühlen mahlen zu lassen, so sei erklärt, daß die Kleinlandwirte von dieser Verordnung überhaupt nichts wissen wollen, eine Begünstigung einzelner Landwirte bei der Ausmahlung müsse nur zur Spekulation und zum Scheinhandel führen.

Nach einer Erklärung des Ministers Cerny wurden sämtliche sozialistische Anträge von der Mehrheit abgelehnt; dabei stimmten u. a. der Landbändler Ploger und der Minister Schranzger auch gegen den Antrag der tschechischen Genossen, daß bei Kartoffeltransporten eine 50prozentige Frachtermäßigung Platz zu greifen habe!

Zum Schluß erhoben wurde von der Mehrheit lediglich eine nichtsagende Resolution, die Eisenbahnverwaltung möge angemessene Nachlässe für die wichtigsten Nahrungsmittel und Rohstoffe, besonders für Konsum- und Saatkartoffel, bis Ende Mai 1927 gewähren.

Weiters wurde eine Reihe von Anträgen der Mehrheitsparteien angenommen und schließlich auch die Erklärungen des Ministers von der Koalition zur Kenntnis genommen.

Der Immunitätsauschuß verhandelte über eine ganze Reihe von Auslieferungsgesuchen. U. a. wurde die deutschnationalen Abgeordnete Weber sowie Kallina und Dr. Koberg von der Mehrheit ausgeschlossen.

Was die Slowaken alles wollen.

Gestern tagte in Rosenberg in der Slowakei der engere Vorschussauschuß der slowakischen Volkspartei, welcher die „Bedingungen“ für den Eintritt in die Regierung Svehla festlegen sollte. Vorher hatte am 28. Oktober eine Beratung der parlamentarischen Klubs der Partei stattgefunden. Die festgelegten „Bedingungen“ werden dann dem Ministerpräsidenten von einer von Hlinka geführten Deputation vorgelegt werden.

Das „Bravo Lidu“ ist der Ansicht, daß

die angebliche Opposition innerhalb der Slowaken gegen die Regierungsbeteiligung abgelehnt sei und nur den Zweck habe, eine schwere innere Krise in der Partei vorzutauschen, für deren Überwindung die Regierung dem regierungsfeindlichen Flügel, der die „Opposition“ schließlich zur Sprache bringen werde, möglichst viel Zugeständnisse machen solle. Die autonoministischen Forderungen der Slowaken, über die sie gewiß noch handeln lassen werden, gipfeln in der Forderung nach dem Ministerium für die Slowakei und einem Reichsministeramt; außerdem verlangen sie eine selbständige Filiale des Bodenanwes, einen eigenen Landeskulturrat und auch einen besonderen Landeskulturrat für die Slowakei, Rückgabe der Kirchengüter usw. Das „Cesta Slovo“ berichtet weiter, daß die Slowaken auch noch vier Zupane mit ihren Leuten neu belegen wollen, während ihnen Sochla höchstens drei Zupane zugestehen will.

Wahlerfolg der tschechischen Sozialdemokraten.

Am letzten Sonntag fanden im ganz tschechischen Slowakei bei Boffowitz in Mähren Gemeindevahlen statt, die folgendes Ergebnis hatten: Die tschechischen Sozialdemokraten erhielten 206 Stimmen und 6 Mandate gegenüber 96 Stimmen und 3 Mandate im Jahre 1922. Die Kommunisten erhielten bei den Sonntagigen Wahlen 291 Stimmen und 8 Mandate gegenüber 402 Stimmen und 11 Mandaten im Jahre 1922. Weiter erhielten die Agrarier 76 Stimmen und 2 Mandate (früher 92 Stimmen und 3 Mandate), die Liberalen 151 Stimmen und 1 Mandate (179 Stimmen und 3 Mandate), die Gewerkepartei 203 Stimmen und 5 Mandate (188 Stimmen und 5 Mandate), Fabrikangestellte 99 Stimmen und 2 Mandate (61 Stimmen und 2 Mandate). Die tschechischen Nationalsozialisten, die im Jahre 1922 nicht kandidierten, erhielten 126 Stimmen und drei Mandate. Dieses Wahlergebnis verzeichnet erfreulicherweise einen schönen Aufstieg der tschechischen Sozialdemokratie, die den Kommunisten drei Mandate abnahm. Mit den drei nationalsozialistischen Mandaten haben die Arbeiterparteien in der bisher bürgerlich verwickelten Gemeinde nunmehr die Mehrheit. Besonders erfreulich ist auch der Stimmen- und Mandatsrückgang der Sozialpartei, der Agrarier, Liberalen und Gewerkepartei.

Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie

Bevölkerungspolitik. — Stellung zur Religion. — Danneberg über die politische Lage.

Am Sonntag abends wurde zunächst die Debatte über den grundsätzlichen Teil des Parteiprogramms zu Ende geführt. Es sprachen noch Karl Veitner, der die Diskurs als Ausdruck eines Ausnahmestandes betrachtet, in dem man sich im Kampfe gegen eine Konterrevolution befindet. Aber es ist eben ein Ausnahmestand, er kann nicht als etwas Organisches betrachtet werden. Max Adler, der noch einmal spricht, erklärt, daß die Demokratie der bloßen Rechtsgleichheit eine Waffe der Sozialdemokratie sei. Wir werden sie uns nicht entwenden lassen, aber wir haben keine Ursache, sie anzubeten.

In seinem Schlusswort betont Bauer, daß der Weg der Demokratie zur Macht der für das Proletariat weitaus günstigste Weg sei. Im übrigen ist er der Meinung, daß die auf dem Parteitag geäußerten Auffassungen von einander nicht weit entfernt sind.

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion.

Der Montag war den Erörterungen der Gegenwartsziele der Arbeiterklasse gewidmet. Zwei Fragen vor allem standen im Vordergrund: das Bevölkerungsproblem und das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Religion. Das waren die zwei Probleme, welche Otto Bauer aus dem ungeheuren Komplex des sozialdemokratischen Gegenwartsprogrammes herausgriff. Was er über die Bevölkerungsfrage sagte, finden unsere Leser an anderer Stelle. Hier wollen wir nur den Gedankengang seines Referats über Sozialdemokratie und Kirche wiedergeben.

Bauer ging davon aus, daß breite proletarische Massen noch unter dem geistigen Einfluß der Bourgeoisie stehen. Die Bourgeoisie legt nicht, daß es sich um die Verteidigung des Profits handelt, sondern um die Verteidigung der Religion. Sie bedient sich der religiösen Gefühle breiter Massen des Proletariats, um diese proletarischen Massen durch die Verhüllung ihrer Massenerrschaft, dadurch, daß sie sie als eine Herrschaft der positiven Religion und ihre Verteidigung nicht als einen Kampf gegen das Proletariat, sondern gegen den Atheismus hinstellt, noch in ihrer Gefolgschaft zu erhalten. Es gibt

zwei Methoden.

diese geistige Herrschaft der Bourgeoisie zu bekämpfen. Die eine ist, daß man hinter der Mülle der religiösen Ideologie, hinter die sich die Bourgeoisie zu verbergen sucht, die Massenerrschaft der Bourgeoisie aufzeigt. Die andere Methode ist der Kampf mit der Religiosität der Massen. Bei der Erwägung darüber, welche Methoden man anwenden, muß man in Betracht ziehen, daß der freidenkerisch gesinnte Teil des Proletariats nicht das ganze Proletariat ist. Es gibt Massen, welche die alten

religiösen Vorstellungen und Gefühle in keiner Weise überwunden haben, ja noch mehr, die selbst auf das Bedürfnis, diese religiösen Gefühle im Rahmen kirchlicher Anstalten zu befriedigen, nicht verzichten. Diese Massen interessieren sich dafür, wenn man der Religion mit wissenschaftlicher Aufklärung, vertagen aber nicht, wenn man ihr mit Spott und Hohn begegnet. Für die Sozialdemokratie muß aber derjenige, der dabei mißfällt die Massenerrschaft der Bourgeoisie zu stürzen, willkommen sein, was immer er über den Himmel denkt. Diese Methode ist die Methode der

Einigung des Proletariats über seine religiösen Verschiedenheiten hinweg zum gemeinsamen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie.

Aber das schließt nicht aus, daß die Partei den Freidenkern die Freiheit, sich innerhalb der Partei zur Pflege und Verbreitung ihrer gemeinsamen Auffassungen zu betätigen und für ihre Auffassungen innerhalb der Partei zu werden, irgendwie beschränkt. Nur gegen eines wehren wir uns, nämlich dagegen, daß man ein etwa sagt, wer kein Freidenker ist, kann kein Sozialdemokrat sein oder er ist ein schlechter Sozialdemokrat. Das Fortleben der alten Vorstellungen ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine Folgererscheinung der kapitalistischen Ausbeutung. Solange der Kapitalismus breite Massen in Blindheit, Unwissenheit und Unterwürfigkeit erhält, solange erwarten Sie nicht von den Massen, daß sie die Ergebnisse der Wissenschaft in sich aufnehmen können. Die Aufgabe der geistigen Befreiung des Proletariats lösen wir nicht, wenn wir der Bourgeoisie erlauben, um des Erfolges religiöser Dinge willen das Proletariat zu zerteilen, sondern die lösen wir nur, indem wir die Proletariat, wie immer ihr Denken durch die Tathaten des Glaubens und der Unwissenheit beeinflusst sein mag, zu einer Einheit zusammenschweißen. Nicht durch die bloße Aufklärung führt der Weg zum Sozialismus, sondern ungelehrt: Erst durch den Sieg im Klassenkampf geht der Weg dazu, die Gehirn aller für die Aufklärung freizumachen.

Entscheidend, sich immer wieder erneuernder Beifall lohnte die Ausführungen Bauers.

In der Debatte

wandten sich die meisten Redner der Frage der Religion zu. Für die Freidenker sprach deren Führer Genosse Karl Fraunzl (Wien), der ungefähr ausführte: Das Proletariat muß seine eigene Ideologie haben, nicht die bürgerliche, sondern eine Ideologie, die ihre Basis in den Realitäten des Lebens hat. Religion ist eine Ablenkung der Interessen des Proletariats in eine transzendente Welt. Der Kampf um das religiöse Denken ist nach unserer Meinung daher ein

Deutsches Recht.

Der Femeprozeß in Landsberg. — Die Ermordung des Arbeiters Gröschle. Die „Stimme des Herzens“. — Nur Mordmörder sind für die völkische Organisation tauglich.

Bestandteil des ganzen proletarischen Kampfes. Redner beantragt daher die Streichung des Satzes „Die Sozialdemokratie betrachtet die Religion als Privatglaube“. In einer zweiten Rede betonte der Redner der Freidenler, daß sich über die Frage der Religion allerdings streiten lasse, aber unfruchtbar zu sein, ist jedem Vorkommenden zur Macht geworden, weil die Kirche keine überirdische, sondern eine kapitalistische Institution ist. In seinem Schlußwort gab Bauer zu, daß hinter der Freidenlerbewegung ein soziales Bedürfnis von Proletariatsmassen stehe. Aber diese Freidenlerfraktionen sind lange nicht die Arbeiterklasse und daneben gibt es Schichten mit ganz anderer sozialer Beschaffenheit, mit denen wir genau so rechnen müssen. Vor allem aber gilt: es gibt ein oberstes Prinzip des internationalen Sozialismus, das Karl Marx bei der Begründung der ersten Internationale in der Inauguraladresse so ausgedrückt hat, daß

die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung als Mittel unterzuordnen ist.

Es gibt keine wirksamere Waffe gegen den Merkantilismus als die, im Kampfe gegen diesen Merkantilismus, die Religion zur Parteifläche macht, um das Proletariat zu spalten und um dreite Schichten des Proletariats in der Gefolgschaft der Bourgeoisie zu erblicken, die Religion zur Brücke zu machen.

Damit war die Debatte beendet, und der Parteitag ging in die Beratung der Abänderung des Organisationsstatuts ein, über die Genosse Dr. Deutsch referierte. Die Abänderungen wurden gemäß dem Kommissionsantrag beschlossen, womit die monogamen Verhandlungen zu Ende waren.

Die Beratungen des Parteitages am Dienstag wurden mit einem Bericht Stalcers über die Größe und Entwicklung der Partei eingeleitet. Darauf folgte eine kurze Debatte und dann wurde die Wahl der Parteiverwaltung vorgenommen. Darauf hielt Darnenberg ein zweistündiges Referat über „Die politische Lage und die nächsten Nationalratswahlen“. Darnberg schloß sich eine Debatte an der 19 Redner teilnahmen. Die vorgeschlagene Resolution wurde mit einer Reihe von Zusatzanträgen einstimmig angenommen.

Am Schluß der Sitzung sprach der Parteitag unter härmlichem Beifall den Mitgliedern des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, insbesondere dem Genossen Dammberg, Dank und Vertrauen aus.

Wahlerfolge der amerikanischen Demokraten.

New York, 3. November. (New York). Die bisher bekannten Wahlergebnisse sprechen von großen Schwimmen der Demokraten und der Prohibitionisten in den Oststaaten. Der Demokrat Smith wurde zum drittenmal zum Gouverneur des Staates New York gewählt. Die Demokraten gewinnen Senatskreise in den Staaten Massachusetts und New York. Das im Staate New York organisierte Referendum über die Prohibition endete mit einem entscheidenden Siege der Alkoholfreunde, und zwar mit einer Mehrheit von 3 zu 2.

Die Republikaner trotzdem in der Mehrheit.

Die „Paris Times“ melden aus Washington, daß die Wahlergebnisse, obwohl sie noch nicht vollständig bekannt sind, der republikanischen Partei die Mehrheit im Senat verbürgen. Der Senat wird ungefähr folgendermaßen zusammengesetzt sein: 48 Republikaner, 47 Demokraten und ein Farmer. Neue Republikaner sind jedoch Dissidenten. Wenn es in den Repräsentantenhaus die Mehrheit der republikanischen Partei gesichert, wenn sie auch geschwächt sein wird. Die Demokraten (Antiprohibitionisten) gewinnen im Senat mindestens sechs Sitze. Am markantesten ist der Sieg des Demokraten Wallum mit ungefähr 15.000 Stimmen über den Republikaner Buller, der als Freund Coolidges bekannt ist und im Senat die Anschauungen Coolidges repräsentiert.

Spanische Verschwörer in Frankreich verhaftet.

Paris, 3. November. Wie aus Perpignan gemeldet wird, hat in bedeutendem Umfang mobilisierte Polizei und Gendarmerie bisher 60 Personen in Perpignan und Umgebung verhaftet. Die im Verdacht stehen, sich mit der Absicht in Frage, einen Aufstand anzuzetteln, dessen Zentrum Barcelona sein sollte. Es handelt sich um Personen, die größtenteils spanischen Ursprungs, zum geringen Teil italienische oder einflussreiche Staatsangehörige sind. Es kursieren Gerüchte, wonach die Verschwörer an einigen Orten Munition und Waffen hinterlegt hätten. Die nach Spanien führenden Wege werden der strengsten Kontrolle unterzogen. Nach den Mätkern ist der Führer des Komplottes, an dem gegen 400 Personen beteiligt sind, der im Jahre 1902 in Barcelona geboren und in Paris als Meister in einer Lederfabrik anfängliche Josef Carrillo. Die Verschwörer, größtenteils junge Leute im Alter von 20 bis 30 Jahren, begaben sich über Bordeaux nach den Pyrenäen. Unter den mit den spanischen Revolutionären verhafteten Engländern befinden sich zwei, bei denen Bomben gefunden wurden.

Der Landsberger Femeprozeß geht seinem Ende entgegen. Der Strafentwurf des Staatsanwalts sieht die Todesstrafe für zwei der Hauptschuldigen, für Klapproth und Oberleutnant Schulz vor. Ob das Gericht dem weitgehenden Strafentwurf Raum geben wird, ist fraglich. Es hat im Verlaufe des Prozesses bewiesen, daß es für die Justiz der Fememörder immer noch Verständnis aufbringt und es wird die Leute, die sich so halb und halb für Kollegen der preußischen Gerichtsbarkeit ausgeben, nicht sehr hart strafen. Der Prozeß selbst aber bleibt denkbar durch die grauenhaften Bilder, die er von dem Denken und Können des völkischen Deutschland entwarf. In der Kulturgeschichte der Justitions- und Polizeizeit wird die Feme als übelstes Zeichen der Zeit verewigt bleiben.

Die in Landsberg Angeklagten haben den Arbeiter Gröschle in bestialischer Weise gemißhandelt und umgebracht. Gröschle war in die schwarze Reichswacht gekommen, ohne eine besondere politische Bestimmung zu haben. Er wird als ein ruhiger und anständiger Mensch geschildert. Den „Kameraden“ galt er aber als Kommunistenspieler. Niemand kann angeben, woher ihn dieser als Spion bezeichnet hat. Beweise gibt es überhaupt keine. Es war ein Gerücht entstanden, gewöhnlicher Kaserneklatsch, das genügte, mit dem „Beweisverfahren“ zu beginnen. Wie das ausfällt, davon gibt die Aussage des Angeklagten Schulz eine eindeutige Vorstellung:

„Als Gröschle hinfam, wurde bekannt, daß er Kommunist sei. Darauf wurde er von dem Oberleutnant Kappeler in eine Kaserne eingeliefert und Kappeler vernahm ihn darüber, wo die Kommunisten ihre Waffen versteckt hätten, wo die kommunistischen Führer ihre Zentrale hätten usw. Ich wurde von Oberleutnant Kappeler hinzugeholt, und wenn Gröschle solche Aussagen machte, habe ich schlagen müssen.“

erst mit einem Koppel und dann mit einem Messer, der geholt wurde.

Sch.: Haben Sie gehört, daß Gröschle gesagt hat, er sei Kommunist?

Angell.: Sowohl. Er hat angegeben, wo die Kommunisten die Waffen hatten.

Sch.: Wie er geschlagen wurde?

Angell.: Oberleutnant Kappeler hat ihn gefragt, und wenn er mit der Antwort geantwortet hat, dann habe ich ihn geschlagen, bis er sagte: Ja, es stimmt. Dann wurde das zu Protokoll gegeben.

Sch.: Haben Sie ein solches Verfahren für richtig gehalten?

Angell.: Ich habe den Befehlen meines Vorgesetzten Folge zu leisten.

Sch.: Sogar im Militärstrafgesetzbuch steht, daß ein Soldat nicht ein Vergehen begehen darf, selbst wenn ein Vorgesetzter es befiehlt.

Angell.: Es war allgemein bekannt, daß er Kommunist war.

Sch.: Der Mensch war doch unschuldig und Sie sagen: es ist allgemein bekannt. Schon war der Mann verurteilt. Ich muß sagen, daß ich ein sehr abgeklärtes Verfahren. Sie haben ihn mit dem Koppel geschlagen.

das Koppelschloß soll sich vollkommen in den Körper eingedrückt haben.

Schließlich war Gröschle blutüberströmt.

Angell.: Ich habe wohl mit dem Koppel geschlagen, aber doch das Koppelschloß getroffen hat, weiß ich nicht. Allerdings, wenn er in vierwöchiger Behandlung gekommen wäre, würde er vollkommen wiederhergestellt worden sein. (Große Bewegung im ganzen Saal.)

Sch.: Wie viele Tage haben Sie ihn denn geschlagen müssen?

Angell.: Das kann ich nicht mehr genau sagen.

Die Folterungen wurden solange fortgesetzt, bis Gröschle vollständig gedrohen war. Er hat:

„Lassen Sie mich doch lieber gleich erschießen“

worauf man ihm zynisch antwortete: „So schnell geht das nicht“. Die Koppel drückte sich bei der Prügelei so tief in das Fleisch ein, daß man in der Haut deutlich lesen konnte:

„Gott mit uns“.

Charakteristisch für die Bande, die in der völkischen Reichswacht vereint war, ist die Tatsache, daß der eine Mörder des Mordes, Gröschle bei seinem Eintritt in die schwarze Reichswacht selbst furchtbar verprügelt wurde, ohne daß er jemals erfuhr, weshalb ihm das geschah. Lassen wir den Originalbericht sprechen:

Darauf folgte die Vernehmung des Angeklagten Gröschle, genannt „Anorke“. Er ist 1902 in Frankfurt a. M. oder als Sohn eines Feldwebels geboren und vom 7. Lebensjahre an im Militärwesen in Potsdam erzogen worden. 1916 kam er zur Reichsbahn, wo er 1919 abgebaut wurde. Dann ging er zur Reichswacht, wo er 1922 infolge eines Unfalles entlassen wurde. Als er später beim Arbeitskommando Küstrin eintrat, glaubte er, daß es sich um wirkliche Reichswacht handelte, was ihm auf Fragen auch bestätigt werden sei. Auf Fort Küstrin, wo er kam, sei ebenso exerziert worden wie bei der Reichswacht, und die Leute seien wie andere Reichswachtssoldaten ausgerüstet gewesen.

Sch.: Es war aber doch nichts Militärisches, daß mit dem Koppel geschlagen wurde? — Angell.:

Das habe ich sogar in Friedenszeiten erlebt.

Gröschle schildert dann, wie er selbst am 18. Juni 1923 auf der Schreibstube der ersten Kampagne ganz furchtbar verprügelt wurde. Etwa 15 bis 20 Mann hätten sich auf ihn gestürzt. 2 Mann packten ihn an der Gurgel, während mit einer Brochtfange auf ihn gehauen wurde. Beide Brustkorbe sprangen dabei auf, so daß das Blut herausströmte. Umso eine halbe Stunde schlugen sie auf die Vorderseite, dann sagte einer: Dreht doch den Lungen um und bearbeitet die andere Seite. Darauf wurde er umgedreht und weiter geschlagen, wobei ihm das Gesicht auf den Boden gedrückt wurde, so daß er keine Luft mehr bekam. Nachher sei ein Jüngling gekommen und habe zu ihm gesagt: Na, Du Saland, wenn Du nun noch was sagst, schmeiß ich Dich gleich nieder. Auf der Stube ließ er dann um und lag 14 Tage lang krank.

Sch.: Wissen Sie nun heute, weshalb Sie damals verprügelt wurden? — Angell.: Nein, heute noch nicht. Nachdem ich ausgeheilt war, wurde ich zurücker beim Oberleutnant Vogt.

Mit verschiedenen Varianten erzählen die einzelnen Angeklagten, wie sie den Gröschle verprügelt haben. Einer benützte einen Gummitütappell, ein anderer die Koppel. Gröschle, von dem nunmehr erwiesen ist, daß er kein Kommunist war, also auch im Sinne der Femebande unschuldig gemordet wurde, schweigt lange, um den Folterungen zu entgehen, gestand er dann mancherlei Dinge, wirt und zusammenhanglos, wie man ihm eben die Fragen vorlegte. Nach langem Anstrengen wurde das „Urteil“ an Gröschle vollstreckt. Der Hecker Klapproth erzählte darüber folgendes:

„Eines Tages kam ich nach Spandau und traf dort Bülching. Er sagte mir, wir haben einen kommunistischen Spion in Gorgast. Bülching war nämlich Sportlehrer in Gorgast und sagte, verdroschen haben wir ihn schon.“

Ich sagte, was ist denn das für eine Gurke? Darauf sagte Bülching, das ist so ein richtiger Kommunist und den müssen wir wo anders hinführen, nach einem anderen Fortis. Da habe ich gesagt:

Ist das von oben?

Ja, sagte er zu mir. Ich bin also mit ihm nach Küstrin gefahren und da haben wir uns ein Auto genommen und sind rausgefahren nach Gorgast. Da haben wir noch meinen Bruder mitgenommen und den Vogel, die da raus mußten. Wir sind noch wieder zurückgefahren nach Küstrin und abends wieder hin.

Da sah Oberleutnant Kappeler neben mir. Der Führer Glaser sah im Wagen mit Bülching. Als wir nun draussen ankamen, nahm sich Bülching den Monteurhaken aus dem Wagen und wir gingen in die Zelle. Er broch die Tür auf und dann ging er rein. Als ich rein kam, sah ich, wie er den Gröschle beim Kragen hatte und wollte ihm den Monteurhaken über den Kopf schlagen. Ich sehe ihn noch vor mir, wie er damit zuhauen wollte. Da stürzte ich zu und sagte, Bülching mach doch keinen Quatsch aber legend so was.“

Ich fuhr also durch Küstrin auf der Chaussee nach Forndorf weiter und dann fuhr ich langsam und immer bei der Fabrik von Stimmes vorbei. Auf einmal ruft es von hinten her:

„Bülching, hallo, kann ich knallen?“

Ich nickte mit dem Kopf und fuhr weiter. Da stießen zwei Schüsse und in dem Moment war mir klar, jetzt ist etwas passiert. Dann habe ich so gedacht, hier ist die Luft. Dann habe ich Gas gegeben und wir sind weiter gefahren. Gegen Forndorf habe ich angehalten. Bülching sagte: Willst du nicht mit anfahren? Ich habe aber wegen der anderen Führer, die vorbeikamen, Reparatur am Wagen vorgenommen. Na, nun gingen die beiden anderen los in den Wald, kamen wieder zurück und Glaser sah wie weißer Käse aus. Als wir in Küstrin wieder ankamen, nahm ich Bülching beiseite und sagte: „Auf keinen Fall darf jemand etwas erfahren. Das Ding habe ich auf meine eigene Kuppe geprägt.“

Der Urheber der Gewalttat war der „Generalstabchef“ der Mordorganisation, der Oberleutnant Schulz. Er verantwortete sich dahin, daß er vorher nichts von dem Mord gewußt habe, obwohl ihm die Mörder zur persönlichen Verfügung zugewiesen waren, also ohne sein Wissen keine Autotouren unternehmen konnten. Er habe aber die Tat später gebilligt. Dem Untersuchungsrichter sagte er, es sei selbstverständlich, daß ein Patriot, wenn er von Verrätern hört,

„der Stimme seines Herzens folgt“

und den Beschuldigten um die Ecke bringt. Einer der Angeklagten erklärte, es sei ihm „peinlich“ gewesen, den Gröschle ermordet zu haben, zumal er ihn für unschuldig halte. Das ist aber auch das einzige Reuezeichen in der Mordbande geblieben.

So sieht das „deutsche Recht“ aus, das die Völkischen uns mit der Erneuerung Deutschlands bringen wollten. So ginge es den Arbeitern, wenn Hitlers Diktatur ausgerichtet worden wäre. Was Italien und Rumänien erleben, das wäre auch uns beschieden.

Folter, Mord, Terror, Rechtslosigkeit und ständige Verumpfung

sind die Begleiterscheinungen der völkisch-faschistischen Regierungssysteme. Das deutsche Volk kann heute mit Schauern zurückdenken an die Gefahr, an der es mit Mühe vorbeigeführt wurde.

Schulz freigesprochen!

Landsberg, 3. November. Im Landsberger Fememörderprozeß gegen Schulz, Klapproth und Genossen wurde heute abend folgendes Urteil gefällt: Die Angeklagten Rehn, Willy Klapproth und Vogel werden freigesprochen. Die Angeklagten Graez, Friede und Schiburr werden wegen körperlicher Verletzung mit gefährlichem Werkzeug, und zwar Schiburr zu einem Jahr, Graez zu vier Monaten und Friede zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Jeder wird wegen Anstiftung zur gefährlichen Körperverletzung mit gefährlichem Werkzeug in Tateinheit mit Nötigung, Weisung und Beihilfe zum Mord zu acht Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre verurteilt. Glaser wegen Beihilfe zum Mord zu drei Jahren Zuchthaus, Erich Klapproth wegen Beihilfe zum Mord zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre, Oberleutnant Schulz wird freigesprochen.

Die französischen Neuwahlen

Paris, Ende Oktober 1926.

Alle Aufmerksamkeit in Frankreich lenkt sich immer mehr auf die bevorstehenden Senatswahlen im Januar kommenden Jahres. Schon auf dem Parteitag der „Radikalen Partei“ in Bordeaux spielten sie für die Partei eine erhebliche Rolle und auch die sozialistische Partei macht sie am 11. Oktober zum wichtigsten Punkt ihrer Tagesordnung. Von diesen Senatswahlen kann die ganze künftige Entwicklung der französischen Politik und womöglich das Schicksal der Regierung Poincaré abhängen.

Kommunal- und Generalratswahlen finden in Frankreich gewöhnlich alle zwei Jahre nach neuen Kammerwahlen statt, wie dies in vierjährigen Abständen. Als im November 1919 die sogenannten „Zwischenwahlen“ stattfanden, wo Clemenceau eine hochreaktionäre Kammer erzielte, da bestritten die einige Monate später abgehaltenen Kommunal- und Generalratswahlen dieses Ergebnis (die Generalratswahlen werden gewöhnlich einen Monat nach den Kommunalwahlen veranstaltet).

Ein Senator ist auf neun Jahre erwählt und zwar wird vom Senat alle drei Jahre ein Drittel ersetzt. Dies geschieht nicht durch direkte Wahl, sondern durch Delegierte der Kommunal- und Generalratsparlamente. Zum Beispiel gibt es im Seine-Departement, in dem Paris liegt, 1100 Wahldelegierte. Unter diesen befinden sich 120 Generalräte. Davon hat Paris acht Generalräte, und die restlichen 112 verteilen sich auf seine Vororte.

Bei den letzten Senatswahlen vor drei Jahren wurde ein Drittel in den Senat gewählt, das entsprechend den vorangegangenen Kommunal- und Generalratswahlen zum größten Teil reaktionär war. Jetzt wird sich aber das Bild ändern. Die Kommunalwahlen von 1924 brachten ein energisches Anwachsen der französischen Linksparteien, und die Kommunalwahlen, die im April 1925 stattfanden, sowie die einen Monat später abgehaltenen Generalratswahlen brachten eine Bestätigung dieses Ergebnisses, wodurch die größten Städte Frankreichs eine sozialistische Mehrheit im Stadtparlament aufweisen (das Pariser Stadtparlament wurde allerdings noch nicht erobert).

Diese aufstrebenden Stadtparlamente werden natürlich größtenteils links gerüstete Delegierte für die Vorbereitung der Senatswahlen ernennen und so steht zu hoffen, daß die sechs Sozialisten, die unter Führung des Genossen Rebaud im Senat sitzen, vielleicht nach diesen Senatswahlen dazu kommen werden, daran zu denken, eine eigene Fraktion zu bilden, statt sich, wie bisher, mangels genügender eigener Stärke der „Radikalen Partei“ links anzuschließen. Wenn die Januarwahlen den zu erwartenden Erfolg bringen, dann ist auch eher, als es bisher möglich war, in Erwägung zu ziehen, ob nicht endlich die übertriebenen Rechte, die der Senat hat, eingeschränkt werden können. Kammer und Senat müßten dem natürlich zustimmen. Der Moment muß dann benützt werden, in einem demokratisch angehauchten Senat ein für alle Mal festzusetzen, wie weit die Rechte des hohen Parlamentes reichen dürfen. Bekanntlich wurde Herriots erste Regierung gestürzt, weil sie im Senat keine Mehrheit mehr fand, und man ist heute noch nicht dessen sicher, ob der Senat überhaupt das Recht hat, eine Regierung zu stürzen.

So ist es in der Vergangenheit einem reaktionären Senat immer möglich gewesen, sich allen von der Kammer gemündeten demokratischen Neuerungen hemmend in den Weg zu stellen, im Grunde also den Volkswillen, der sich durch das direkte Wahlrecht zur Kammer manifestiert, eigenmächtig zum Schweigen zu bringen. Eine Entschärfung im Senat dürfte sich zur Abänderung dieser Zustände daher nicht darauf beschränken, in diesem Punkte der Kammer gelegentliches Wahlvotum zu zeigen, sondern sie müßte bereit sein, die Rechte des Senats für alle kommenden Zeiten ungeschwächt zu Gunsten des Sieges des demokratischen Gedankens einzuzengen.

Kurt Lenz.

Ein französisches Hof- und deutsches Köstern verjaagt. Donnerstag wurde in Berlin-Mariaburg ein Pferdejaagdrennen veranstaltet, das für Pferde aller Länder ausgeschrieben war. Unter andern hatte auch ein französischer Reiter mit einem ausgezeichneten französischen Pferd seine Beteiligung zugesagt. Das Reichswehrministerium, das es mit der Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Pflichten nicht sehr genau zu nehmen pflegt, erinnerte sich sofort seiner nationalen Pflicht; es verbot den Reichswehroffizieren, an dem durch die Teilnahme eines französischen Hofes hervorgerufenen Rennen teilzunehmen. Alle Bemühungen des Angehörigen, diese diplomatische Maßnahme zu verhindern, blieben erfolglos. Das Reichswehrministerium pflegt auf Occano und Thoren und die ganze Schlappschwanz-Verständigungspositiv. Sein Lösungswort ist: Immer sehr druff! Nun, der Franzose reiste, als er von der Sache erfuhr, mit seinem Pferde ab. Die Köstern vom Reichswehrministerium hatten gefügt. Ha!

Fridericus Rex — hinten links. In Deutschland bereitet die Reichspostverwaltung die Ausgabe neuer Briefmarken vor. Die ganze Serie trägt als Markendesigner die Köpfe berühmter Deutscher. Durch einen sehr merkwürdigen Zufall soll nun gerade die am häufigsten gebrauchte Jahresheftmarken mit dem Bild des Hohenzollernkönigs Friedrichs des Großen gefertigt sein, der zwar bei Lebzeiten, weiß Gott, ein Verehrter der Deutschen und ein Verehrter aller Franzosen war, der aber nichtsdestoweniger in der letzten Zeit von allen hakenkreuzerischen Ungeheuern in Wort und Bild und Film geradezu als Schmutzpatron aller Bössigkeiten, Altpreußen und Schwarzweiskoten mitschraubt wird — wogegen er, wenn er noch lebte, gewiß die vernünftigste Abwehr fände. Gegenüber den Vorwürfen von republikanischer Seite aber versichert das Reichspostministerium, es sei gar keine Absicht dabei gewesen. . . . Nun wollen wir gern glauben, daß kein deutscher Bureaukrat heute noch so dumm ist, sich einzubilden, er werde die Republik durch eine Briefmarke erschüttern. Aber ebenso überzeugt sind wir, daß bei dieser neuesten Form der monarchistischen Propaganda — ein Wert zehn Pfennig — wenigstens das Gefühl mißspielt hat: das Hochgefühl jedes deutschen Amerikaner, endlich wieder der Hinterseite eines Hohenzollern mit der Junge nähen zu dürfen.

Trinken die englischen Abgeordneten zubi? Diese Frage wurde von einem Abgeordneten der englischen Arbeiterpartei, dem Arzt Dr. Salter, kürzlich in einer Rede aufgeworfen. Nein, eigentlich war es keine Frage, sondern gleich die Antwort darauf: Dr. Salter behauptete, er habe schon wiederholt Mitglieder des hohen Hauses in nicht ganz gefestigten geistigen Zustand gesehen. Dies empfanden solche bürgerliche Abgeordnete als einen dem Hause angetanen Schimpf und so hatte sich Genosse Salter in der Dienstagsitzung des Unterhauses gegen einen hochsensitiven Antrag, ihm einen Verweis zu erteilen, zu verteidigen. Er erklärte, er könne nicht ein Wort zurücknehmen. Seine Gegner blieben dabei, daß sie nicht zubi trinken. Er erhielt also einen Tadel und das englische Parlament fügte keinen vielen historischen Merkwürdigkeiten die eine hinzu, daß es sich selbst ein Zeugnis mächtigen Alkoholmisses ausstelle.

Die „Pereon“ der amerikanischen Schuljugend. In den amerikanischen Schulen wurde vor einiger Zeit eine Umfrage veranstaltet, die schließlichen sollte, wer nach der Meinung der Schulkinder der größte Mann der Weltgeschichte war. Das Resultat, das sehr bekanntgegeben wird, ist sehr merkwürdig und für die amerikanische Mentalität bezeichnend. Die meisten Stimmen bekam Jesus. An zweiter Stelle steht Napoleon, auf ihn folgen Mussolini und Henry Ford. Die nächsten Herren Alexander der Große und Francis Drake erhielten beinahe die gleiche Stimmenzahl. Alsdann folgen Pasteur, Lincoln, Edison, Amundsen, Lloyd George und Lenin.

Das Sprachrohr aus der zweiten Wiener Türkenbelagerung als Radiolautsprecher. Die historische Türkenstadt auf dem Wiener Stephansplatz, die so viel Lebensinteresses birgt, hat eine neue Sehenswürdigkeit erhalten. Stephan Wöner, einer der vier Türmer, die alle städtische Feuerwehrtürme sind, hat einen Radioparasit gebaut, der wohl einzig in der Welt dastehen dürfte. Der Empfänger ist ein primitiv hergestellter Kristalldetektor mit einigen Drahtwindungen, der an eine Klingelleitung des Tonies angeschlossen ist. Dieser kleine Apparat ist durch die hervorragende Lage und Höhe der Empfangstation imstande, einen Riesensprechapparat mit großer Lautstärke und unerschütterlicher Klangreinheit zu betreiben. Der Lautsprecher ist einer der ältesten der Erde, jedenfalls der älteste Lautsprecher, der für das Radio verwendet wird. Er diente schon bei der zweiten Türkenbelagerung dem Grafen Starbomberg als Sprachrohr. Heute übernimmt er, der inzwischen moderne Sprechapparat bekommen hat, Musik aus Wien, Brunn, Italien und andersher.

Ischschischer Lehrer-Sängerchor in London. „Daily Herald“ reproduziert das Bild von 50 Prager ischschischen Lehrern, die in London gegenwärtig ihr „Repertoire“ von 1000 ischschischen Liedern absolvieren.

Die Segnungen des Faschismus. In mehreren ischschischen Blättern wurde folgende überall gleichlautende, also offenbar von oben her inspirierte Meldung veröffentlicht:
Die Zahl der über 100 Jahre alten Personen im Königreich Italien hat sich im letzten Zeitraum beträchtlich vermehrt. Während es im Jahre 1921 nur 115 waren, leben im Jahre 1926 deren 145, davon 8 allein in Rom.

Das nennt man ein geschichtliches Faktum in kein Gegenteil umbringen. Bisher galt der Faschismus nicht gerade als lebensverlängernd. Er fällt eher ein „Quintum“ aus, das durch Tausende vernichteten, eingeschossenen, erschlagenen niedergeschlagenen, vertriebenen charakterisiert sein will. Matteotti und Amendola sind tot. Freilich, aber was machen die jungen Leute aus, wo's doch auf die alten ankommt! Junge Menschen, die kann man ruhig niedermehren, das Bad wäscht durch Neugeborenen schon wieder nach. Aber eine Edelzucht von Hundertjährigen, das gelingt nur alle hundert Jahre einmal, und es muß erst eine Edelbewegung wie der Faschismus daherkommen, um der Menschheit die edelsten Ziele zu weisen. Wie, junge Arbeiter sind erschlagen worden? Geschicht den dummen Kerls schon recht. Warum wurden sie nicht hundert Jahre alt, dann wären sie sogar unerschöpfliche Soldaten geworden. Wieder mit den Dreißigjährigen, die Zweihundertjährigen sind das Ideal! Die sind lakonisch. Wer aber unter hundert Jahren ist, der ist vogelfrei. So will es die Moral des Faschismus.

Ein Personenzug in die Eifel gekürzt. Auf der Strecke Bogen — Meran hatte das Hochwasser der Eifel einen Dammbruch zur Folge, wodurch ein Personenzug mit der Lokomotive und vier Wagen eingeleiste und in die Fluten stürzte. Lokomotivführer und Heizer, die der Eisenbahntruppe angehörten, fanden hierbei den Tod; mehrere Reisende wurden teils leicht, teils schwer verletzt.

Der Oberpostsekretär und die Liebesbriefe. Wegen Unterschlagung zahlreicher Briefe hatte sich vor einem Berliner Gericht der Oberpostsekretär Wilhelm Besten zu verantworten. Als Auflichtsbeamter oblag ihm in seinem Bestellsystem die Überprüfung der Briefe. Dabei hat er im Frühjahr zahlreiche Briefe geöffnet und, sofern sie Geldscheine enthielten, geraubt. Die geöffneten Briefe hatte er entweder vernichtet oder wieder mit einer amtlichen Siegelmarke verschlossen und mit dem Vermerk versehen: „Beschädigt, amtlich verschlossen“. Die Beträge, die dem Beamten in die Hände fielen, waren recht gering. Da er selbst in geordneten Verhältnissen lebte und wohlhabende Schwiogereltern hat, konnte man sich sein Verhalten unmöglich nicht erklären. Schließlich stellte es sich heraus, daß es ihm bei der Öffnung der Briefe nicht auf das Geld ankam, sondern daß er von der Zahl derselben war, nach pikanten Briefen zu laubten. Eine besondere Reizung hatte er für Liebesbriefe, und diese Reizung hat ihn schließlich auf die schiefen Bahnen gebracht. Das Urteil lautete unter Zustimmung mildernder Umstände wegen Amtsenthebung auf vier Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Befleidung eines öffentlichen Amtes auf drei Jahre.

Die Verkehrsbeschleunigung der Großstädte. Ein Berliner Mitteilungsblatt hat einen interessanten Versuch gemacht, um die Verkehrsbeschleunigung in den einzelnen Großstädten festzustellen. In Berlin, London, Paris, New York, Rom, Wien, Madrid und Kopenhagen fuhr um 12 Uhr mittags und um 6 Uhr abends, also in den Stunden des stärksten Verkehrs, je eine Autodrosche eine Strecke von 4 Kilometern durch das Zentrum der Stadt. In Berlin z. B. war das die Strecke von der Borsigstraße auf den Alexanderplatz über Schlossplatz, Unter den Linden, Friedrichstraße, Leipzigerstraße, Potsdamer Platz bis in die Potsdamerstraße. Und das Ergebnis? Je kleiner die Stadt, je geringer der Verkehr, desto größer die Verkehrsbeschleunigung. Die kürzeste Fahrzeit wurde in Kopenhagen mit 12 und 1 Minuten gebracht. Fast ebensoartig ist Wien mit 10½ und 13 Minuten. Dann folgt Rom mit 12 und 14,40 Minuten, und schon an vierter Stelle Berlin mit 18,25 und 15,30 Minuten. In Madrid wurden 18 und 22,40 Minuten, in London 22 und 20, in New York 18,48 und 23,22 Minuten und schließlich in Paris 23,6 und 27,45 Minuten benötigt. In Kopenhagen und Wien fährt man also weit mehr als doppelt so schnell wie in Paris, dessen großstädtischer Verkehr der langsamste ist. In New York ist der große Schnellseiluntertrieb von nicht weniger als 11 Minuten (bei 4 Kilometern) zwischen 12 Uhr mittags und 6 Uhr abends auffallend.

Ein Journalistenhaus in Paris. Ein „Haus der Journalisten“ ist in der Rue du Louvre, im Herzen von Paris, eröffnet worden und bietet den Mitgliedern der französischen Journalistenvereinigungen den angenehmsten Aufenthalt und große Bequemlichkeiten. Der Speisesaal ist sehr geräumig und hell; er enthält vier lange Tischreihen. Für die weiblichen Journalisten ist ein besonderer Speisesaal eingerichtet. Unter der holländischen Kuppel des Hauses ist die reichhaltige Bibliothek untergebracht. Daneben gibt es Kauschalon, Arbeitsstole, Telefonzellen, kurz alles, was der Journalist zu seiner Arbeit braucht.

Eine weibliche Feuerwehr. Die 1136 Meter hochgelegene Gemeinde Oberjoch bei Fiedelung im Allgäu hat seit kurzem eine weibliche Feuerwehr. Die erste Abteilung der Ortsfeuerwehr besteht nämlich aus Männern, die zweite aus Frauen und Mädchen, die einzelerzogen wurden und sich kürzlich dem Kommandanten zur Verfügung stellten. Die hohe Lage des Ortes, die bei ausbrechenden Bränden eine schnelle Hilfeleistung von den benachbarten Orten gelehrt und teilweise weit entfernt liegenden Gemeinden fast unmöglich, veranlaßte die weibliche Bevölkerung, sich zum Feuerwehrdienst zu melden. Letztes wurde zur ersten Generalübung alarmiert und im strömenden Regen geübt, wobei die weibliche Kompanie an den Geräten munter und den Männern durchaus herabwürdig arbeitete.

Schöne Sammlungen der „Maud“-Expedition. Als vor einiger Zeit 50 Kisten der „Maud“-Expedition in Oslo geöffnet wurden, zeigte es sich, daß der größte Teil des Inhalts vermodernd war, nur die wissenschaftlichen Instrumente waren noch vorhanden. Aber, was die Mannschaft in ihrer freien

Zeit angefertigt hatte, war nicht auffindbar, besaßen auch das persönliche Eigentum der Mannschaft und ein Teil der wissenschaftlichen Sammlungen. Es wird hier mit der Möglichkeit gerechnet, daß der Dichtstuhl an der kanadischen Grenze begangen worden ist.

Ergebnis in Düsseldorf. Vor dem Bundesrat Jean-Paul-Denkmal steht ein Fremder, der nachdenklich die Büste des Dichters betrachtet. Ein kleines Mädchen tritt zu ihm und mustert ihn mit so naher Reugierde, daß der Fremde eine freundliche Frage an die Kleine richtet: „Beißt du auch, mein Kind, wenn dieses Denkmal da vorsteht?“ „Freilich!“, antwortet das Mädchen, „das ist der Schampoll (Jean Paul), der dort im Schulhaus geboren worden ist.“ „Ganz richtig!“ jagt der Fremde und kreucht die Blondhaare des Mädchens. „Kannst du mir sagen, ob hier noch mehr große Männer geboren worden sind?“ „Ach nein!“, antwortet das Mädchen, „bei uns kommen doch keine Kinder zur Welt!“

Eine Autostraße Köln-Düsseldorf. Der Landeshaupmann der Rheinprovinz hat dem Provinzialparlament eine Denkschrift überreicht, in der der Bau einer Autostraße Köln-Düsseldorf vorge schlagen wird. Die aus der Denkschrift hervorgeht, ist die Zahl der Kraftfahrzeuge in der Rheinprovinz in den letzten Jahren außerordentlich stark gestiegen. Während im gesamten Deutschen Reich auf ein Kraftfahrzeug 34 Einwohner kommen, hatte die Rheinprovinz bereits 1925 nur 170 Einwohner auf einen Kraftwagen aufzuweisen. Inzwischen ist die Zahl der Kraftwagen weiter stark gestiegen. Die Denkschrift bezeichnet die Strecke Köln-Düsseldorf als die des stärksten Automobilverkehrs in ganz Deutschland. Im Jahre 1925 betrug der durchschnittliche Tagesverkehr auf der Strecke Köln-Düsseldorf 1385 Kraftwagen, eine Ziffer, die bisher auf keiner anderen deutschen Verkehrsstraße erreicht worden ist. Die Provinzialverwaltung schlägt darum als großzügiges Projekt die sofortige Anlage einer Autostraße Köln-Düsseldorf vor. Dieser Plan gewinnt dadurch besondere Bedeutung, daß er noch jeder Richtung eine produktive Erwerbslosendeschäft-

figung grühten Zeits ermöglicht, und zwar in einer Gegend, die von der Erwerbslosigkeit besonders stark betroffen ist. Nach den bisherigen Berechnungen müssen bei dem Bau der Straße 900.000 Tagewerke geleistet werden. Weit größer wird noch die Zahl der Arbeiter sein, die indirekt durch den Straßenbau Beschäftigung finden. Die neue Straße wird lediglich dem Autoverkehr dienen und wird alle auf ihrem Wege liegenden Eisenbahnen überbrücken oder unterfahren. Die Breite der Straße ist 16 Meter, die Fahrbahn wird vierstreig angelegt. Zwischen Köln und Düsseldorf sind sieben Autobahnstationen vorgesehen, die aus zwei Rampen, rechts und links des Fahrbahnpfers, bestehen und an denen auch die Abgabe für die Benutzung der Autostraße erhoben wird. Der vorgesehene Kostenaufwand beträgt 17 Millionen Mark.

Die jessige Universität Oxford. Unter allgemeiner Heiterkeit in ganz England ist für die Studenten der Universität Oxford ein neues Sittengesetz herausgegeben worden. Danach ist den Studenten bei Besuchen von Rennbahnen und Bars verboten, bei Versammlungen unter freiem Himmel dürfen sie weder als Oudner noch als Vorsitzende mitwirken. Keine Studentenorganisation darf einen öffentlichen Ball veranstalten. Außerdem darf kein Student eine Autostraße für länger als eine Stunde mieten; ferner wird den Studenten und Studentinnen ausdrücklich das Betreten von Wohnräumen Studierender des anderen Geschlechts verboten. Schließlich dürfen die Studenten sich nur nach vorher eingeholtem Erlaubnis weiter als 8 Kilometer von Oxford entfernen für die Veranstaltung von Ausflügen auf der Themse mit Dampfen muß die Erlaubnis nachgeholt und die teilnehmende Dampfnachhaft gemacht werden.

Deutscher Wohnungsfürsorgekongress. Zwischen 6. und 7. November 1926. Der städtische Wohnungsfürsorgekongress der Stadt Düsseldorf findet bereits Samstag, den 6. November, um 5 Uhr nachmittags, der Vortrag von Stadtphysikus R. Dr. Gröschel am Sonntag, vormittags 9 Uhr, im Schützenhaussaal statt.

Volkswirtschaft.

Verbandstag der Graphischen Union.

Am 29. und 30. Oktober 1926 fand im festlich geschmückten Saal der Reichsberger „Vereinshalle“ der 4. ordentliche Verbandstag der Graphischen Union in Anwesenheit von 25 Delegierten und den Mitgliedern der engeren sowie erweiterten Verbandsleitung statt. Der Tagung wohnten außerdem Gen. Eugen Hauelsen vom Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Gen. Wilhelm Grünwald vom österreichischen Seneferverband, die Gen. Anton Roscher und Franz Macoun von der Zentralgewerkschaftskommission Reichsberg und Gen. August Seider für die Kreisgewerkschaftskommission Reichsberg bei. Die zu bewältigende Tagesordnung umfaßte folgende Programmpunkte: 1. Eröffnung, Wahl des Bureau und der Kommission, 2. Bericht der Verbandsleitung, 3. Bericht von den gewerkschaftlichen Einigungsverhandlungen in der Tschechoslowakei, Referent: Genosse Macoun, 4. Antrag der Verbandsleitung und der Gruppen, 5. Wahl der Verbandsleitung und der übrigen Verbandskörperschaften, 6. Anträge, die bei den vorherigen Punkten nicht erledigt werden konnten.

Die Tagung eröffneten die organisierten Musiker des Reichsberger Städtebühnenorchesters mit dem Eingangslied aus „Tannhäuser“, worauf der Verbandsobmann Gen. Daniel auf die Bedeutung der diesjährigen Tagung hinwies. Das Bureau des Verbandstages bestand aus den Gen. Stolz (Troppan), Günter, Anderlich und Roslowey (Reichsberg). Die Begrüßungsrede für die Verbandsleitung hielt Gen. Stolz. Persönliche Ansprachen erfolgten hierauf durch die Gen. Hauelsen, der die besonderen Verhältnisse Deutschlands kennzeichnete, weiters durch Gen. Grünwald (Wien), Gen. Roscher überbrachte die Grüße der Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Hierauf wurden die eingelangten Begrüßungsschreiben verlesen und die Wahl der Kommissionen vorgenommen. Nachmittags erstattete Gen. Daniel den Bericht der Verbandsleitung. Derselbe lag den Delegierten gedruckt vor. Seine Ausführungen bewegten sich mehr auf dem Gebiet, welche Konsequenzen aus dem vorliegenden Bericht für die Zukunft zu ziehen sind, insbesondere den Umständen berücksichtigend, daß im Jahre 1927 der allgemeine Kollektivvertrag seine Wirksamkeit verliert, und ein seine Erneuerung gedacht werden muß. Der Bericht der Verbandsleitung wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Am zweiten Verhandlungstage erstattete Gen. Macoun das wichtige Referat über den Stand der gewerkschaftlichen Einigungsverhandlungen in der Tschechoslowakei. Mit welchem Interesse seine Ausführungen zur Kenntnis genommen wurden, geht daraus hervor, daß in der anschließenden Diskussion acht Redner unter Mitwirkung der verschiebenerartigen Umstände sich dazu ausgesprochen, daß die geleistete Arbeit der Zentralgewerkschaftskommission anzuerkennen und in dem bisherigen Bestreben fortzuführen ist. Dies kommt auch durch den Beschluß des Verbandstages zum Ausdruck, der folgenden Wortlaut hat:

Der IV. ordentliche Verbandstag der „Graphischen Union“ nimmt den Bericht des Vertreters der Zentralgewerkschaftskommission über den Stand der organisatorischen Verhandlungen mit dem Lobwort: „strenge selbstlos und mitmenschlich“ zur Kenntnis.
Der Verbandstag bewilligt die Ver-

bandsleitung, nach den Grundzügen der Verhandlungen der Gewerkschaftszentralen, insbesondere nach Teil IV. der Richtlinien für die Verhandlungen im gegebenen Zeitpunkt die Verhandlungen mit den L. Z. C. angeschlossenen graphischen Verbänden zu führen.

Dem Verbandstag lagen 48 Anträge zur Besichtigung vor. Diese Anträge konnten bewilligt werden, ohne daß eine eigene Beratung der Antragsprüfungskommission vorgreifen mußte, was davon Zeugnis ablegt, daß die Delegierten einmütig und geschlossen der Situation Verständnis entgegen brachten. Der Verbandstag beschloß den Wochenbeitrag für Buchbinder von 7 Ké auf 9 Ké zu erhöhen, für Steinbruder und Lithographen von 10 Ké auf 12 Ké. Die Beitragserhöhung tritt am 1.1.1927 in Wirksamkeit. Dem gegenüber fand lediglich eine Erhöhung der Invalidenunterstützung statt, während die Hinterbliebenen- und in einer Klasse auch die Krankenunterstützung eine Regelung erfuhren. Ansonsten ist die bisherige Unterstüßungsordnung nicht tangiert worden. Außerdem beschloß der Verbandstag die jährliche Erhöhung eines Stundenlohnes von sämtlichen Mitgliedern zur Stärkung des Tarifstandes. Damit befand sich der Verbandstag, daß er hauptsächlich das Kampfinteresse der Organisation in den Vordergrund stellt, um den kommenden Auseinandersetzungen grüster gegenüber zu stehen. Die Wahl der Verbandsleitung erfolgte einmütig. Damit war die Tagung beendet. — Aus den dem Verbandstag vorliegenden Berichten ist zu entnehmen, daß die Graphische Union am Jahresende 1925 1414 Mitglieder zählte, die im Jahre 1925 183.500,00 Ké an Beiträgen leisteten, in welchem Betrage die Separatleistung an den Kampffonds der Organisation nicht inbegriffen ist. Der letzte Verbandstag fand im November 1924 statt, außerdem wurde am 24. 5. 1925 ein außerordentlicher Verbandstag abgehalten. Die Graphische Union hat einen Gebietsvertrag, der sich auf alle Betriebe des Wirkungsbereiches in Böhmen, Mähren und Schlesien erstreckt. Insgesamt wurden 29 Verträge und Vereinbarungen in der Berichtszeit abgeschlossen. Die Anzahl der durchgeführten Bewegungen betrug 72. In 2 Fällen kam es während der Berichtszeit auch zur Arbeitsminderung. Die Graphische Union hat mit den Prager Organisationen die härtesten Auseinandersetzungen geführt, was daraus zu erklären ist, daß die Gegenseite bei den graphischen Berufen besonders stark ausgeprägt sind. Die Graphische Union hat auch eine eigene Stellenvermittlung eingerichtet und ist aus der vorgelegten Statistik des Zeitigen der Arbeitslosengiffer als Folgeerscheinung der Wirtschaftskrise ersichtlich. Die Organisation ging in der Berichtszeit daran, die Lehrlinge organisatorisch zu erfassen, was in der überwiegenden Mehrheit der Fälle gelungen ist. Die finanzielle Bedeutung der Hilfeleistungen ist eine außerordentlich große, was sich daraus erklärt, daß der Vermögensfond von 47.297,97 Ké am 31. 12. 1924 auf 188.109,98 Ké am 30. 9. 1926 gesteigert werden konnte, wobei immer zu berücksichtigen ist, daß in diesen Beträgen der Widerstandsfonds nicht inbegriffen ist. Die Graphische Union ist damit als gutfundierte Kampforganisation anzusehen. Davon zeugt auch der Verlauf der Tagung und der durch dieselbe gefasste Beschluß, der trotz Wirtschaftskrise, Steuererhöhung vom Lohn, Erhöhung der sozialpolitischen Beiträge eine namhafte Beitragserhöhung bei den Gehältern herbeiführt.

VERLANGT UEBERALL



Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Troppau, Am 24. Oktober... Die Beschlüsse der Konferenz der Bezirksorganisation Troppau...

Wissenschaftliches Seminar der deutschen sozialdemokratischen Bezirksorganisation Prag...

Genossen! Traget bei jeder Gelegenheit Euer Parteiabzeichen!

Kunst und Wissen. Prager Konzertsaal.

Unter acht Konzerten der letzten vierzehntägigen Verdachtszeit waren sieben Veranstaltungen kammermusikalischen Charakters...

Der Film.

Sondervorführung des „Panzerkreuzer Potemkin“

für die Freie Vereinigung für Bildungswesen.

Die Freie Vereinigung für Bildungswesen in Prag hat den größten Kinosaal der Hauptstadt für eine Sondervorstellung des „Panzerkreuzer Potemkin“ geleast...

Die Kunst der Zwischenmittel verdient wohl ein paar Worte der Würdigung. Was man aus dem Filmband herausgeschnitten hat...

Stammpublikum im diesjährigen ersten Herbstkonzerte die Bekanntheit mit der Solistischen Madrigalvereinigung aus Stuttgart...

und allen Sängern ein leuchtendes Beispiel wirklicher Gesangskunst sein sollte.

aufpeitschend, leidenschaftlich aufwühlend, revolutionierend heigert, ein über Zeit eingeschoben. Lange „historisch“ sein sollende Erklärungen unterbrechen die Bilder...

Eine Freude für Ihre Kinder, die nichts kostet, Und zwei besondere Vorteile für Sie!

Die neue Packung von Schicht's Terpentinseife, die ohne Preisauflschlag jetzt mitgeliefert wird...



Hänsel und Gretel Die Hexe beläst den Ofen

Unsere Terpenin-Seife ist eine besonders helle Hirschseife, deren Waschkraft durch den Zusatz von Terpentinöl noch erhöht ist...



Schneewittchen Die Königin vor dem Spiegel

Zum nächsten Waschtage Schicht's Terpentinseife! Für Ihre Kinder die neue Packung mit Märchenbildern!



Dornröschen Der Koch ehrt die Köchenjungen

ung der Zürcher'schen Vieder ein Quartett der deutschen Musikakademie (Hr. Bönel und die Herren Ast, Nibert und Schaffranke)...

und allen Sängern ein leuchtendes Beispiel wirklicher Gesangskunst sein sollte.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, halb 8 Uhr, Aufführung: „Straßer Biiff“...

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag: „Meine entzückende Frau“...

Herausgeber Dr. Ludwig Czech. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner.

entzündet sich in allen Unterdrücken der göttliche Funke, der sie befähigt, einmal die Ketten zu brechen und um ihr Mendicium zu kämpfen...

„Kani, komm zurück...“ heißt ein neuer schillernder Film mit Kani Ondrafsowa und Karl Lamos in den Hauptrollen.

Lochter ansprechen. Der Bogabund liest es, recht Kani in Herrn Landas Haus und verständigt ihren Vater. Dieser holt seine Tochter ab (komisch, warum er nicht schon früher auf diesen Rufenshaltort kam)...